

Massenkrawalle von Einwanderern in deutschen Landen

Die Verachtung kommt von außen und innen

Thorsten Hinz

Die Meldungen über Massenrandale häufen sich. Als Verursacher werden „Party-“ oder „Eventszenen“, „Personengruppen“ oder einfach nur „Männer“ namhaft gemacht. Doch das Lügendeutsch der politisch-medialen Wahrheitssysteme ist leicht zu entschlüsseln. Die ethnisch-kulturell grundierten Krawalle beschränken sich nicht auf Großstädte wie Stuttgart, Frankfurt oder Köln. Sogar die „dunkeldeutsche“ Provinz wird von den Errungenschaften der bunten Republik eingeholt. Im idyllischen Rheinsberg in Brandenburg, das Kurt Tucholsky zu seinem „Bilderbuch für Verliebte“ inspirierte, haben gerade Tschetschenen und türkische „Graue Wölfe“ den Einheimischen gemeinsam ihre Schlagkraft vorgeführt.

Die temporäre Landnahme findet auf zentralen Plätzen deutscher Kommunen statt. Darin liegt ihre neue Qualität und Wirkung über den Moment und konkreten Ort hinaus. Der breitbeinigen Machtdemonstration und vorgreifenden Reviermarkierung hat die pazifizierte deutsche Rentnergesellschaft wenig mehr entgegensetzen als den Rückzug in die Nische.

Im Verhalten der Randalierer liegt viel Verachtung für den Staat und die Deutschen überhaupt, doch der Vorgang hat zwei Beteiligte: die Verächter und diejenigen, die ihnen die Gründe liefern. Die SPD-Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, „Malu“ Dreyer, empfiehlt der Polizei, sich zurückzuhalten, also Beihilfe zur Gesetzlosigkeit zu leisten. Andererseits – was soll Frau Dreyer denn sonst sagen? Zugeben, daß ihr politisches Leben ein historischer Irrtum war und sie einen Trümmerhaufen angerichtet hat?

Im rot-rot-grün regierten Berlin ist man schon einen Schritt weiter. Hier müssen die Clans sich nicht vor der Polizei fürchten; die Polizei muß sich aufgrund eines Antidiskriminierungsgesetzes vor den Clans rechtfertigen. Bei der Konstituierung eines neuen Ordnungsstaates werden sie ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Das Springer-Blatt Welt am Sonntag bleibt trotzdem auf Merkel-Linie und verkündet: „Randale in der neuen Heimat“. Blödsinn! Die Heimat, der Zusammenhang von Ortung und vertrauter Ordnung, wird durch die Implementierung des Nomadentums zerstört.

Spengler behält also recht. Nur verludern die großen Städte heute nicht durch Leerzug, sondern durch prekäre Neuansiedlungen. Der Außendruck ist so wirkungsvoll, weil er auf einen destruktiven Vorsatz im Innern trifft. Als seine Vertreter zählt Spengler auf: gescheiterte Akademiker, Abenteurer, Spekulanten, Tagediebe, „untermischt mit ein paar traurigen Schwärmern für irgendwelche abstrakten Ideale“ und gekennzeichnet durch „die Abwesenheit aller Instinkte für Ehre und Pflicht ...“ Dabei ist es geblieben.

Sie verleumden dich!

Gesinnungswächter: Öffentlich-rechtliche Medien (be)richten immer schamloser

Michael Paulwitz

Muffig wie die verbrauchte Luft unter einer „Alltagsmaske“ ist das Meinungsklima in Deutschland schon seit geraumer Zeit. Der abgestandene Mief des Konformismus und der freiwilligen Selbstgleichschaltung lähmt den öffentlichen Diskurs; die Rede- und Meinungsfreiheit sucht sich alternative Ausweichräume und nimmt die Aura des Subversiven an. Die Geschwindigkeit, mit der sich die letzten Bereiche des Privaten und Persönlichen in durchpolitisierte Minenfelder verwandeln, in denen ein falsches Wort und ein einziger Fehltritt bereits die soziale Existenz kosten können, läßt selbst Diktaturerproben erschauern.

Der Fall des Bundeswehr-Medienoffiziers Marcel B., den das ARD-Magazin „Panorama“ wegen „Gefällt mir“-Markierungen auf seinen privaten Konten in den sozialen Medien als „Rechtsextremisten“ an den digitalen Pranger gestellt hat, ist paradigmatisch für den Schauprozeß neuen Typs, bei dem die Vorverurteilung mit der Anklageerhebung gleich mitgeliefert wird und die dadurch angestoßene Kampagne lediglich noch der Beschaffung weiterer Holzscheite für das Ketzer-Autodafé dient.

Kontaktschuld ist die Währung, böswillige Unterstellung und Gesinnungsriecherei die Methode. Daß ein Individuum vielseitige Interessen, Gesprächspartner und Gedanken haben könnte, ohne sich mit allem und jedem zu identifizieren, ist in der beschränkten Welt der Haltungsjournalisten und Gesinnungstotalitaristen nicht vorgesehen.

Ihr angestrebtes Ziel ist eine von jeglichem abweichenden und kriminalisierten Wort oder Gedanken gesäuberte Welt, aus der Andersdenkende mitleidlos auszustoßen sind, sofern sie nicht nach Art in Ungnade gefallener kommunistischer Parteikader in sich erniedrigender „Selbstkritik“ zu Kreuze kriechen und um gnädige Wiederaufnahme in den Kreis der Richtigmeynenden unter ideologischer Bewährung flehen. Und oft hilft nicht mal diese. Denn es zählt das Signal, das zur Abschreckung statuierte Exempel im Sinne der maoistischen Devise „einen bestrafen, hundert erziehen“. Beweise und Fakten sind zweitrangig und müssen es auch sein; denn im freien demokratischen Diskurs, in der „offenen Gesellschaft“ im ursprünglichen, liberalen Sinne, kann es keine verbotenen Meinungen geben.

Die Initiatoren der „Panorama“-Kampagne machen aus ihrer rufmörderischen Absicht auch gar keinen Hehl. Sie bekennen sich sogar explizit zur von ihnen praktizierten „Verdachtsberichterstattung“ und bezeichnen diese als „legitim“. Im Sinne der eigenen politischen Positionierung, versteht sich; hält jemand dagegen und verweist etwa auf die eigenen linksextremistischen Verstrickungen der selbsternannten „Rechtsextremisten“-Jägerinnen, kennt die Empörung kein Halten.

Da werden dann auch bürgerlich-liberale Stimmen wie die Neue Zürcher Zeitung, die mit Befremden über die mediale Hinrichtung eines unbescholtenen Offiziers aus nichtigem Anlaß berichtete, zu „einschlägigen Blättern“, die im Verdachtsjargon in einen Topf mit allem geworfen werden, was den Gesinnungswächtern als „rechtsextrem“ und böse erscheint. Ganz im Sinne linientreuer Kader, für die jeder, der sich nicht der gerade herrschenden Orthodoxie der kommunistischen Lehre unterwirft, eben in der Schublade „Faschist“ landet.

Der Vergleich ist nicht zufällig gewählt. Der sich ausbreitende bleierne Nebel von Inquisition und Gesinnungsschnüffelei, von Generalverdacht und Denunziationsbereitschaft, ist ja nichts anderes als die Vollendung und konsequente Ausformung der diskurshegemonialen Machtergreifung, auf welche die kulturmarxistische Linke seit mehr als einem Jahrhundert hingearbeitet hat und vor deren Vollendung sie jetzt, im späten Merkel-Deutschland, schließlich steht.

Es ist ein Klima, in dem das etablierte Parteiensystem, das den Staatsapparat und seine Machtmittel seiner Kontrolle unterworfen hat, wie ideologisch gleichgeschaltete Blockparteien agiert, deren vermeintlich „bürgerliches“ Ende aus Union und FDP sich die stalinistische Kampfvokabel vom „Antifaschismus“ genauso selbstverständlich zu eigen macht wie die grün-linken Marxisten; in dem eine marxistische Tarnorganisation wie „Black Lives Matter“ den Takt vorgibt und Heerscharen williger und sogar unbezahlter Hilfspolizisten ebenso wie um ihre Geschäfte fürchtende Gastronomen und Gewerbetreibende sich einen Sport daraus machen, mutmaßliche Dissidenten aufzuspüren, zu melden und ihnen ihre Dienstleistungen zu verweigern.

In einem solchen Klima können linksextreme Straßenschlägertruppen und ideologische Stichwortgeber als Pseudo-„Nichtregierungsorganisationen“ auftreten und dabei großzügig von zweckentfremdeten Steuergeldern ausgehalten werden; konnte der teuerste öffentlich-rechtliche Rundfunk aller Zeiten zum beamtenartigen Propagandaapparat umfunktioniert werden, der – wie „ZDF heute“ – radikallinke Glaubenssätze à la „Es gibt keinen Rassismus gegen Weiße“ als Fakten verkaufen kann.

Es ist ein Gradmesser des Absurden, wenn ein Häuflein junger Mädchen, das in traditioneller Fahrtenkluft Lieder zur Gitarre singend durch sächsische Lande zieht, zu medialer Empörung führt, während das handstreichartige Einkassieren bürgerlicher Freiheiten, der Zusammenbruch der inneren Sicherheit in multikulturalisierten Innenstädten oder der finale Ausverkauf deutschen Volksvermögens für eine europäische Transfer- und Schuldenunion weithin achselzuckend quittiert wird. Die totalitäre Tendenz ist unübersehbar. Doch je maßloser und selbstherrlicher die Repression, desto eher entzieht sie sich selbst die Grundlage.

Was gefällt, ist keine Geschmackssache

ARD riecht rechte Umtriebe: Ein Oberstleutnant der Bundeswehr setzte die falschen „Likes“

Hermann Rössler

Wie fortgeschritten die Gesinnungsschnüffelei in manchen Redaktionsstuben ist, veranschaulichte kürzlich das NDR-Politmagazin „Panorama“. Vergangenen Donnerstag abend schwärzte die öffentlich-rechtliche Anstalt in dem Programm einen Oberstleutnant der Bundeswehr, Marcel B. (41), an, und warf ihm vor, in den sozialen Medien mit Rechtsextremen vernetzt zu sein.

Der Beweis: Der einsatzerfahrene Soldat markierte zwei Beiträge auf der Plattform Instagram eines Accounts mit dem Namen „incredible bramborska“ mit einem Herz, was einer „Gefällt mir“-Angabe (Like) gleichkommt. Zu den Fotos fatale soll ein Urlaubsbild des Nutzers gezählt haben, das unter anderem mit dem Hashtag (#) „defend europe“ versehen war. In dem anderen Beitrag war die Kaplaken-Reihe des Verlags Antaios zu sehen, mit der Unterschrift, „es gibt Lektüren, die Impfungen gleichen“. Der Account von „incredible bramborska“, der sich laut NDR als „kernreaktionär“ und „identitär“ bezeichnet haben soll, ist nicht mehr auffindbar.

Für „Panorama“ ist die Lage eindeutig

Bis zu dem Zeitpunkt war der Offizier als Mitarbeiter des Presse- und Informationsstabs im Verteidigungsministerium (BMVg) unter anderem für soziale Medien zuständig. Bis auf weiteres ist der Afghanistan-Veteran und Buchautor seiner Funktionen enthoben; die Ermittlungen laufen.

Im Juni hatte das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) die Identitäre Bewegung (IB) als „gesichert rechtsextremistisch“ bezeichnet. Das Institut für Staatspolitik und der Verlag Antaios würden als Verdachtsfall beobachtet werden, teilte das BfV mit.

Für die Verantwortlichen der Recherche, Katrin Kampling und Caroline Walter, ist die Sachlage eindeutig. „Defend Europe“ sei ein „Kampfbegriff“ der IB, „mit dem pauschal der Islam und alles Fremde abgelehnt wird“. Die Unterschrift des anderen Bildes interpretieren die zwei Journalisten wie folgt: „Die Bücher des Antaios-Verlags sollen offenbar immunisieren gegen die offene Gesellschaft.“

Die Reaktionen des Fernseh-Publikums ließen nicht lange auf sich warten. In den sozialen Netzwerken sammelte sich unter dem Hashtag „Panoramagate“ Kritik an dem Vorgehen der Journalisten des öffentlich-rechtlichen-Rundfunks. Begriffe wie „Hexenjagd“ und „Gesinnungsschnüffelei“ tauchten auf.

Panorama schien unter Zugzwang geraten zu sein. Jedenfalls legten die beiden Autorinnen mit weiteren scheinbaren Enthüllungen über den Oberstleutnant nach. Dieser habe nämlich auch im Studienzentrum Weikersheim und bei der Münchner

Burschenschaft Cimbria referiert. Die zwei Einrichtungen gehörten zum Umfeld der Neuen Rechten, was für die ÖRR-Journalisten eine Vernetzung des Offiziers in diese Kreise belegt.

Die Politikwissenschaftlerin Alexandra Kurth und die Wiener „Rechtsextremismus-Expertin“ Natascha Strobl bestätigen das im Text. Strobl nennt es einen „Skandal“.

Viele Medien, darunter die Welt und die NZZ, nahmen sich des Falls an. Verschiedene Journalisten bemängelten eine nicht ausreichende Beweislage. Weder ist erwiesen, daß besagter Account-Inhaber tatsächlich Anhänger der IB ist, noch daß der Oberstleutnant mit dem Like eine tatsächliche Zustimmung über die Inhalte kundtun wollte. Kontakte zu einem IB-Mitglied oder anderen Angehörigen der Neuen Rechten sind ebenfalls nicht dokumentiert. Weder das Studienzentrum Weikersheim noch die Burschenschaft Cimbria stehen wegen extremistischer Bestrebungen im Fokus des Verfassungsschutzes. Hingegen lassen sich Kurth und Strobl Verbindungen ins linksradikale Milieu ohne weiteres nachweisen.

Auf der Homepage der Autonomen Antifa Freiburg findet sich ein Eintrag von 2013, in dem Kurth als Besucherin einer Infoveranstaltung über Burschenschaften aufgeführt ist, merkte der Welt-Kolumnist Don Alphonso an. Strobl trat unter anderem bei der linksextremistischen Interventionistischen Linken (IL) auf. Sowohl die Antifa Freiburg als auch die IL fanden bereits Eingang in Verfassungsschutzberichte der Länder.

„Panorama“ sieht darin jedoch kein Problem. Unter dem Titel „Schräge Vorwürfe gegen Panorama“ rechtfertigt die Redaktion ihre Vorgehensweise. Alles sei nach sauberer journalistischer Methode verfaßt worden. Die Anfeindungen gegen den Sender kämen von „einschlägigen ‘Medien’“. Auf Anfrage der JUNGEN FREIHEIT teilt der NDR mit, damit seien „Medien gemeint, die journalistische Grundstandards nicht einhalten“. Strobl sei zudem „eine anerkannte Expertin“, die auch in anderen Medien zum Thema Rechtsextremismus regelmäßig interviewt würde.

Im Interview mit dem Spiegel ergriff der Oberstleutnant dann selbst das Wort. Seine „Gefällt mir“-Angaben nannte er einen „fatalen Fehler“. Den Account-Inhaber von „incredible bramborska“ kenne er nur flüchtig. Seine eigene politische Einstellung beschreibt er als „zentristisch“, zu Rechtsextremen pflege er keinerlei Kontakte. Auch die Vorträge bei der Burschenschaft und im Studienzentrum würde er nach seinem jetzigen Informationsstand nicht mehr halten.

Der Instagram-Account von Marcel B. ist nach wie vor öffentlich einsehbar. Ziemlich offensichtlich setzt er sich für eine „vielfältige“ Bundeswehr ein, wie sie von der Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) gewünscht wird. Auch beim Brandbrief vom Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte (KSK), in dem dieser rechten Soldaten den Kampf ansagt, drückte Bohnert auf den Herz-Button. All das berichtete „Panorama“ nicht.

Viele Tote trieben die Elbe abwärts

Vor 75 Jahren ereignete sich in Aussig im Sudetenland ein Massaker an deutschen Zivilisten

Gernot Facius

Potsdam, 31. Juli 1945: Um 15.45 Uhr verläßt US-Präsident Harry Truman seine Residenz in der Kaiserstraße und begibt sich ins Schloßchen Cecilienhof zur elften Sitzung der Konferenz der Weltkriegssieger USA, Großbritannien und Sowjetunion. Etwa eine Viertelstunde vor seinem Eintreffen, gegen 15.30 Uhr, explodiert knapp dreihundert Kilometer südlich in Aussig-Schönpriesen im Sudetenland ein ehemaliges Munitionsdepot der Wehrmacht. Die Druckwellen schleudern Eisenbahnwaggons durch die Luft, Häuser gehen in Flammen auf, Schüsse fallen, das Wasser im Feuerlöschteich färbt sich rot. Es beginnt eine Hatz auf Deutsche. Auf der Brücke über die Elbe tobt der Mob. Arbeiter der Schicht AG, die nach Betriebsschluß nach Hause gehen, werden angegriffen, einige von ihnen erschlagen. Kinderwagen werden ins Wasser gestoßen. Leichen treiben elbabwärts bis ins sächsische Pirna.

Prag verbreitete die Mär von Werwolf-Angriffen

Die tschechische Begründung für die angeblich spontanen Gewaltausbrüche: Deutsche „Werwölfe“ hätten das Waffendepot in die Luft gejagt. Die Propagandalüge wird am 2. August von der Prager KP-Zeitung Rude Pravo tausendfach verbreitet: „Der hinterhältige Angriff nazistischer Brandstifter und die Berichte über das Wüten deutscher Werwölfe erhalten ihre Antwort mit dem einmütigen zornigen Aufschrei unseres ganzen Volkes: Raus mit den Deutschen aus unserem Land. Mit eiserner Hand werden wir unser Grenzgebiet säubern.“ Der Werwolf-These wird Jahre später der Aussiger Stadtarchivar Vladimir Kaiser vehement entgegnet. Nach dem Ergebnis seiner akribischen Recherchen waren die Greuelthaten eine geheimdienstlich-militärische Inszenierung der aus dem Exil zurückgekehrten Regierung in Prag.

Den Großen Drei in Potsdam sollte kurz vor dem Ende der Potsdamer Konferenz bewiesen werden, daß man mit den Deutschen nicht mehr zusammenleben könne und die „Umsiedlung“ beschleunigt werden müsse. Kaisers Darstellung deckt sich weitgehend mit den Rechercheergebnissen des sudetendeutschen Historikers Otfried Pustejovski, „daß die an vier verschiedenen Stellen gleichzeitig begonnenen und in dieselbe Richtung zielenden Verfolgungsmaßnahmen gegen Deutsche von eingeschleusten Schlägertrupps auf Weisung hin durchgeführt wurden“. Als Organisator der Verbrechen, an denen sich auch „Revolutionsgarden“ und Soldaten beteiligen, tut sich der Stabshauptmann Bedrich Pokorny von der berüchtigten Abteilung Z des Prager Innenministeriums hervor.

Pokorny ist ein ehemaliger Gestapo-Konfident. Bereits beim Brünner Todesmarsch Ende Juli 1945 spielte er eine teuflische Rolle, 23 Jahre später, während des Prager Frühlings 1968, wird er sich das Leben nehmen. Der deutsche Sozialdemokrat Alois Ullmann, der nach sechs Jahren im KZ Dachau nach Aussig heimgekehrt war, hat am

Vormittag des 31. Juli beobachtet, wie einem aus Prag kommenden Zug etwa 300 Personen „sehr zweifelhaften Aussehens“ entstiegen, als ob „irgendwo eine Strafanstalt entleert worden ist“. Diese Meute beginnt nach der Explosion des Munitionsdepots mit der Hatz auf Deutsche. „Jetzt machen wir Revolution gegen die Deutschen“, verkündete fast zur gleichen Zeit der tschechische Militärkommandant. „Und dann begann die Schlächtere!“ (Ullmann).

Wie viele Menschen dabei umgekommen sind, bleibt unklar. Deutsche Schätzungen bewegen sich zwischen 200 und 2.700, allein auf sächsischem Gebiet wurden 80 Leichen aus der Elbe geborgen, tschechische Zählungen kommen auf niedrigere Opferzahlen. 55 Jahre später, am 1. August 2000, wird Radio Prag in seiner deutschsprachigen Sendung melden: „Die Explosion des Munitionslagers am 31. Juli 1945 wurde von einem Tschechen organisiert.“ Von einer gezielten Aktion spricht auch der Historiker Martin Vesely aus Aussig. Indizien deuteten darauf hin, so Vesely, daß der Innenminister und der Verteidigungsminister dahinterstanden. Seit sich nach 1989 die Archive öffneten, gilt es als gesichert, daß die an dem Pogrom beteiligten Tschechen nicht aus der Stadt selbst stammten, sondern mit einem bestimmten Auftrag in die Stadt geschickt worden waren.

Bei einigen Kompensation für ihre NS-Kollaboration

Es wurde das Versprechen von Edvard Beneš eingelöst, „daß wir das deutsche Problem in unserer Republik für allemal liquidieren werden“. Und noch etwas anderes steht hinter den Vorgängen im Sommer 1945 in mehreren böhmischen Städten. Etliche tschechische Aktivisten, so der Schriftsteller Pavel Kohout in seinem Buch „Sternstunde der Mörder“, hätten versucht, ihre Kollaboration mit den deutschen Nationalsozialisten vergessen zu machen, indem sie sich an den Bestialitäten nach Kriegsende beteiligten. „Kompensatorischer Deutschenhaß“ kann man das nennen, und das gilt auch für Vorkommnisse wie in Aussig.

Das politisch Makabre: Bis heute trägt die Brücke über die Elbe, auf der sich vor einem Dreivierteljahrhundert die Grausamkeiten an unschuldigen Menschen ereigneten, den Namen des berüchtigten Vertreiberpräsidenten Beneš. 2004 hat ihm das tschechische Parlament in einer Entschließung feierlich attestiert, sich um den Staat „verdient“ gemacht zu haben. Der Satz ist seitdem Teil der Rechtsordnung des Landes, er belastet das ohnehin schon komplizierte sudetendeutsch-tschechische Verhältnis zusätzlich.

Seit Sommer 2005 gibt es am Brückengeländer von Usti nad Labem, wie die Stadt an der Elbe heute heißt, eine Tafel mit der zweisprachigen Aufschrift: „Zum Gedenken an die Opfer der Gewalt vom 31. Juli 1945.“ Daß es sich bei diesen Opfern ausschließlich um Deutsche gehandelt hat, wird nicht erwähnt. Gleichwohl versprach der damalige Oberbürgermeister Petr Gandalovic: „Usti will eine Stadt ohne weiße Flecken in der Geschichte sein.“ Doch ohne historisches Wissen ist die Entschlüsselung dieser Brücken-Botschaft kaum möglich.

Der in Offenbach am Main lebende sudetendeutsche Pädagoge Gerolf Fritsche hat vor Jahren in einem Brief an die Aussiger Stadtverwaltung angeregt, dem Bauwerk den Namen des ehemaligen deutschen Bürgermeisters Leopold Pölzl zu geben. Bei der feierlichen Eröffnung 1936 hatte der Sozialdemokrat Pölzl gesagt, die Brücke möge Deutsche und Tschechen miteinander verbinden. Der Kommunalpolitiker starb 1944 auf mysteriöse Weise im Stadtkrankenhaus von Aussig. Fritsches Petition ist erfolglos geblieben.